

Keine Ausnahmen vom Mindestlohn

Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, dass Sonderzahlungen beim Mindestlohn anrechenbar sind, sieht Ina Leukefeld, grundsätzlich kritisch. „Das Urteil ist enttäuschend. Damit wird das Prinzip, dass jede Arbeitszeitstunde mindestens 8,50 Euro wert sein sollte, unterlaufen. Hier wird eine Sonderzahlung benutzt, um den Lohn aufzubessern oder geleistete Arbeitszeitstunden zu finanzieren. Das ist niemals im Sinne des Mindestlohngesetzes“, so die Abgeordnete.

Es müsse zügig zu einer Einigung der Tarifparteien kommen, „den Mindestlohn zum schnellstmöglichen Zeitpunkt so anzuheben, dass er armutsfest wird, das heißt, mindestens auf zwölf Euro. Die vorgesehene und diskutierte Erhöhung um 35 Cent ist ein Witz. Eine spürbare Erhöhung des Mindestlohns ist schon deshalb erforderlich, um Altersarmut zu verhindern, wie kürzlich die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKE-Bundestagsfraktion geantwortet hat. Dort war von 11,68 Euro die Rede, damit Menschen nach 45 Arbeitsjahren nicht in die Grundsicherung im Alter fallen. Es ist endlich an der Zeit, diejenigen, die Werte schaffen und Leistungen tatsächlich erbringen, so angemessen am Ergebnis zu beteiligen, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergeht“.

Außerdem bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung, alle Ausnahmen vom Mindestlohn, wie bei Langzeitarbeitslosen im 1. Halbjahr einer Arbeitsvermittlung oder bei Praktikanten, abzuschaffen. Auch das Vorhaben der Bundesregierung, Ein-Euro-Jobs für ausländische Arbeitskräfte zu schaffen und zu finanzieren, sei deshalb falsch, so Ina Leukefeld. ■

Auf die Hassreden folgten Anschläge

Nachdem die AfD am 18. Mai ihre Aktuelle Stunde in der Landtagssitzung - Titel: „Moscheebauten in Thüringen - Nicht gegen den Bürgerwillen!“ - und eine Kundgebung auf dem Erfurter Domplatz genutzt hatte, um Stimmung gegen den geplanten Moschee-Bau und den Verfassungsgrundsatz der Religionsfreiheit zu machen, kursierten und kursieren zahlreiche Hasskommentare im Internet. Abgeordnete der Koalition haben in einem konkreten Fall Strafanzeige erstattet.

„Wenn noch am gleichen Tag dieser AfD-Hetze im Thüringer Landtag ein junger Erfurter konkrete Brandanschlagsdrohungen in einem Internetvideo veröffentlicht, dann geht die Demagogie der AfD auf und trägt ihre Früchte, noch bevor überhaupt ein Bauantrag gestellt wurde. Wir widersetzen uns diesen menschenverachtenden Aufrufen zur Gewalt und haben deswegen Strafanzeige erstattet“, so die Abgeordneten Katharina König, Fraktion DIE LINKE, und Astrid Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in einer am 19. Mai verbreiteten Erklärung.

Die beiden Abgeordneten verweisen auf ein am Vortag veröffentlichtes siebenminütiges Video, in dem ein junger Erfurter die Mitglieder der Ahmadyia-Gemeinde als „Kanaken-schweine“ beschimpft und zur Brandstiftung an dem geplanten Moscheebau in Erfurt aufruft und wörtlich erklärt: „Wenn ihr in Erfurt wohnt, nehmt euch Öl und bisschen Benzin, geht da auf die Baustelle in der Nacht und brennt sie ab. Und wenn die Schweine wieder beginnen, sie zu bauen, dann brennt sie aufs Neue ab. Wir brennen dieses Dreckshaus ab.“



Transparent der Fraktionen der rot-rot-grünen Koalition zu einer AfD-Demonstration vor dem Landtag.

Es folgen weitere Aufrufe, mit Benzinanker, Feuer und Kapuze im Dunkeln vorzugehen, für den Fall, dass „ihr nicht wollt, dass hier im deutschen Erfurt, Erfurt eine der letzten wirklich kulturellen Städte hier, eine scheiß Mistscheiß-Moschee gebaut wird.“

„Die Grenzen des Erträglichen sind schon lange überschritten“

Dazu Astrid Rothe-Beinlich, religiös- und migrationspolitische Sprecherin der Grünen: „Scheinbar animieren Höckes fremdenfeindliche Reden vom Erfurt, das schön deutsch bleiben soll, und einem Islam, der aus Deutschland verabschiedet werden müsse, auch dazu, dass sich andere

zu Hassattacken und zum Aufruf zu schweren Gewaltverbrechen legitimiert fühlen. Dieser Entwicklung gilt es einen Riegel vorzuschieben.“

Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion: „Dass aus Brandreden schnell auch Brandstiftungen werden können, scheint die AfD bewusst einzukalkulieren. Dass nach ihren gemeinsamen Aufmärschen mit Neonazis am 18. Mai auf dem Erfurter Domplatz auch der Schulterchluss mit Pegida erfolgte und Redner Siegfried Däbritz auf der AfD-Bühne ankündigte, den Moscheebau in Erfurt-Marbach verhindern zu wollen, spricht Bände. Noch vor ein paar Monaten posierte er vor der jüdischen Synagoge in Dresden gemeinsam mit dem NPD-Bundesvorsitzenden. Auch die Sprache der Thüringer AfD von vermeintlich kulturfremden und fremdartigen Andersgläubigen ist entlarvend.“

Katharina König und Astrid Rothe-Beinlich haben am 19. Mai Anzeige bei der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft Erfurt wegen §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen), §126 StGB (Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten), §185 StGB Beleidigung und §130a Anleitung zu Straftaten erstattet.

„Die Grenzen des Erträglichen sind schon lange überschritten. Wenn aber das Recht auf Meinungsfreiheit zu widerlichen rassistischen Gewaltaufrufen missbraucht wird, ist jeder angehalten, aktiv zu werden und die Strafverfolgungsbehörden zu informieren“, so die Abgeordneten mit Blick auf weitere volksverhetzende und strafbare Beiträge zum Thema in den sozialen Netzwerken. ■

FRAKTION IN AKTION

DGB-Erklärung

„Mit der Erklärung der Thüringer DGB-Stadt- und Kreisverbände wird erneut deutlich, dass die Initiative 'Schlanker Staat' gescheitert ist“, so Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion. Leistungsfähige Kommunen, die immer mehr Aufgaben übertragen bekommen, müssen auch die notwendige finanzielle Ausstattung erhalten. Hier sei vor allem auch die Bundespolitik gefragt, sagte der Abgeordnete und unterstützte die DGB-Forderung nach Einführung einer Vermögenssteuer, einer echten Erbschaftssteuer und einer Transaktionssteuer. Letztlich würden davon auch die Kommunen profitieren. „DIE LINKE legt dazu seit Jahren Konzepte vor. Doch die Bundesregierung ist unwillig, ihren Lobbyisten zuwider zu handeln.“ ■

Erhalt des Leibniz-Instituts für Gemüse- und Zierpflanzenbau

Für den Erhalt des Leibniz-Instituts für Gemüse- und Zierpflanzenbau (IGZ) engagieren sich Karola Stange, und Christian Schaft: „Das Institut leistet hervorragende Arbeit in der praxisnahen Grundlagenforschung. Wichtige Zukunftsfragen sollten noch dieses Jahr angegangen werden, geplante Investitionen und Kooperationen sind nun gefährdet. Wir appellieren eindringlich an die Verantwortlichen von Bund und Ländern, das Leibniz-Institut mit beiden Standorten Erfurt und Großbeeren zu sichern.“ Auch die Thüringer Landwirtschaftsministerin Birgit Keller (LINKE) hatte sich gegen die Schließung des Instituts ausgesprochen: „Die Gemüse- und Zierpflanzenforschung hat oft genug bewiesen, dass sie einen festen Platz in der Gartenbaustadt in Erfurt verdient hat.“ Die Mini-



Karola Stange, Stadträtin der LINKE und direkt gewählte Erfurter Landtagsabgeordnete, und Christian Schaft, Wissenschaftspolitiker der Linksfraktion, im Gespräch mit Prof. Philipp Franken, Leiter des Leibniz-Instituts für Gemüse- und Zierpflanzenbau (IGZ) in Erfurt.

sterin betonte zudem die Signalwirkung, die eine Schließung der renommierten Einrichtung mit sich bringen würde. Gerade in der baldigen BUGA-Stadt wäre das ein schlechtes Zei-

chen. Thüringen setzt sich im Ausschuss der Gemeinsamen Wissenschaftsministerkonferenz für die Sicherung des Erfurter Institutsstandorts ein. ■